

Sebastian Heilmann

Die "Lebensadern" der Parteiherrschaft und die Zukunft der KPCh

Die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) verfügt nicht mehr über die Requisiten ihrer früheren Macht: charismatische Führung, eine allgemein verbindliche offizielle Ideologie, Massenmobilisierung für die Ziele der politischen Führung, disziplinierte Parteiorganisation bis auf die untersten Ebenen. Auch wenn die Allmacht der Partei durch Wirtschaftsreformen und gesellschaftlichen Wandel erodiert wird, darf nicht übersehen werden, daß die KPCh in Kernbereichen des Herrschaftssystems weiterhin über eine sehr starke Autorität verfügt.

Chinesische Medien und chinesische Gesprächspartner sprechen in letzter Zeit häufiger von den "Lebensadern" (*mingmai*) des Sozialismus und der Staatsmacht in China. Diese "Lebensadern" dürfen aus der Sicht der kommunistischen Führung unter keinen Umständen preisgegeben werden, da sonst die Grundlagen der Parteiherrschaft verloren gehen müßten. Als "Lebensadern" der Parteiherrschaft werden genannt:

- das Kadersystem,
- die Volksbefreiungsarmee,
- die staatlichen Großbetriebe und
- die Führungsrolle der Parteikomitees gegenüber Regierungsorganen.

Sollte eine dieser Machtquellen beschädigt werden, wäre die Partei im Kern ihrer Macht getroffen.

Lebensader Nr.1: Das Kadersystem

Das Kader- und Nomenklatursystem bildete in allen kommunistischen Systemen eines der wichtigsten Herrschaftsinstrumente: Die Partei konnte auf diesem Wege alle Schlüsselpositionen mit loyalen Personen besetzen; Parteikader waren in allen strategischen Bereichen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft dominierend. Die Organisationsgewalt der übergeordneten Hierarchieebenen war zugleich eines der wichtigsten Disziplinierungsmittel gegenüber allzu eigenwilligen regionalen Führungen.

In China¹ trugen innerparteiliche Konflikte und regionaler Selbstbehauptungswille dazu bei, daß die Parteihierarchie ihre Nomenklatur-Kompetenzen häufig nicht voll

ausspielen konnte. Diese Schwächen haben sich in den letzten Jahren noch verstärkt. Das markanteste Beispiel dafür, welchen Schwierigkeiten die Parteizentrale beispielsweise in der Abberufung eines Provinzfürsten begegnen kann, war der Fall des Gouverneurs Ye Xuanping in der Provinz Guangdong.

Ye Xuanping (ein Sohn des 1986 verstorbenen mächtigen Marschalls Ye Jianying) hatte seit 1980 in führenden Positionen der aufstrebenden Provinz gearbeitet und sich mit Hilfe eines weitgespannten Netzes von Protegés eine beachtliche regionale Machtbasis geschaffen. Beijing beabsichtigte bereits 1989, den zunehmend selbstherrlichen Gouverneur auf einen ehrenvollen, aber wenig bedeutenden Posten in Beijing zu berufen, traf damit aber auf anhaltenden Widerstand in Guangdong. Der dortigen Provinzführung um Ye Xuanping gelang es, in zweijährigen Verhandlungen mit der Beijinger Zentrale einen einheimischen Kandidaten für die Nachfolge im Amt des Gouverneurs (Zhu Senlin) durchzusetzen, der rund vier Jahrzehnte in der Provinz gearbeitet hatte und sich in den kantonesischen Parteikreisen auf beste Beziehungen stützen konnte.

Weniger wohlhabende, stärker auf Finanzhilfen der Zentralregierung angewiesene regionale Führungen haben kein so großes Verhandlungsgewicht wie Guangdong. Beispielsweise ist es in diesem Jahr zu kurzfristigen Absetzungen von Führungskadern in der Inneren Mongolei und in Heilongjiang gekommen. Im Falle schwerer politischer Vergehen oder Abweichungen durch Provinzfürstentum steht die Autorität der Parteizentrale grundsätzlich nicht in Frage. Gegenüber erfolgreichen Provinzfürsten, die sich auf ein großes Patronagenetz in ihrer Region stützen können, scheint es jedoch zusehends schwerzufallen, die Personalhoheit Beijings ohne Widerstände und Verhandlungen durchzusetzen.

Der jüngste ZK-Beschluß weist in diesem Zusammenhang realitätsgerecht darauf hin, daß die Kooperation im Bereich des Kadersystems zwischen den verschiedenen Organisationsebenen verstärkt werden müsse. Ernennungen und Abberufungen von Führungskadern sollten in Absprache zwischen zentralen und lokalen Parteiführungen durchgeführt werden.

Auch auf den unteren Ebenen der Parteihierarchie, die nicht von der Zentrale, sondern durch regionale Parteikomitees beaufsichtigt werden, müssen die übergeordneten Parteiorgane Rücksicht auf lokale Präferenzen und Beziehungsgeflechte nehmen. Sie können nicht ohne Absprache neue Kader von außen entsenden, die keine Unterstützung in der lokalen Parteiorganisation finden würden. Personalverhandlungen zwischen Provinzparteikomitees einerseits und Kreisparteikomitees andererseits scheinen in den letzten Jahren zu einer weitverbreiteten Praxis geworden zu sein. Innerparteiliche "Kuhhandel" waren wohl stets ein fester Bestandteil des chinesischen Nomenklatur-Systems. Aber mit den zentrifugalen Tendenzen der letzten Jahre ist die Personalpolitik offenbar noch verwickelter geworden.

Zu den Komplikationen tragen in zunehmendem Maße auch innerparteiliche Wahlen bei, die auf lokaler Ebene immer häufiger zu überraschenden Ergebnissen führen:

Trotz der "Überzeugungsarbeit" und des Drucks, die Führungskader und Organisationsabteilungen gegenüber lokalen Parteikongressen auszuüben versuchen, werden offenbar nicht selten Personen in Führungspositionen gewählt, die nicht zu den Favoriten der übergeordneten Parteiorgane gehören. Für den Wahlausgang spielt der lokale Selbstbehauptungswille gegenüber Interventionen "von außen" und "von oben" eine zunehmende Rolle.

Da diese Entwicklung von den Organisationsabteilungen der Kommunistischen Partei mit Unbehagen gesehen wird, haben einige Provinzfürhungen kürzlich versucht, mit Hilfe ihrer Nomenklatur-Kompetenzen Druck auf Parteiorgane der unteren Ebenen auszuüben. So wurde etwa aus der Provinz Hebei gemeldet, daß das Provinzparteikomitee mit der Überprüfung und Umbesetzung der Kreisparteikomitees Ernst mache. Rund sechzehn Prozent der Kreis-Führungskader sollen dort ausgewechselt worden sein, weil sie sich als ökonomisch und organisatorisch unfähig oder als korrupt erwiesen hätten.²

Das heutige chinesische Kadersystem mag angesichts regionaler Mitspracherechte und anhaltender Rekrutierungsprobleme nicht so gut funktionieren wie das Nomenklatursystem in der Sowjetunion bis kurz vor deren Zusammenbruch. Aber es bleibt festzuhalten: Wenn die übergeordneten Parteikomitees Druck ausüben, unliebsame Kandidaten absetzen und favorisierte Kandidaten durchsetzen wollen, so sind sie dazu imstande. Die Praxis des Kadersystems in den kommenden Jahren wird zeigen, inwieweit regionale Parteiorgane ihre Mitspracherechte in der Personalpolitik wahren oder gar ausdehnen können.

Lebensader Nr.2:

Die Partei in der Volksbefreiungsarmee

Den Sieg im chinesischen Bürgerkrieg hatten die chinesischen Kommunisten als "Partei in Waffen" erkämpft. In den Jahren zwischen 1928 und 1949 waren Partei und Armee untrennbar miteinander verflochten. Dieses innige Verhältnis wirkt auch mehr als vier Jahrzehnte nach der Herrschaftskonsolidierung noch fort. Die politische Kontrolle über die Volksbefreiungsarmee wird durch eine enge personelle Verzahnung zwischen zivilen und militärischen Spitzenkadern auf den zentralen Führungsebenen und durch ein weitverzweigtes System von Parteiorganen auf allen Kommandoebenen des Militärs gesichert.³

Drei in die Volksbefreiungsarmee implantierte Organisationsstränge haben bisher erfolgreich die politische Loyalität des Militärs garantieren können: das Parteikomitee-System, das Politkommissar-System und das KP-Disziplinarkontroll-System. Diese drei Stränge sind bis hinunter auf die Regimentsebene zu finden. Ein zusätzliches Kontrollinstrument besteht in einem innermilitärischen Geheimdienst, der der Allgemeinen Politischen Abteilung der Volksbefreiungsarmee (VBA) untersteht.

Die Autorität der Parteikomitees in der Armee ist nach den Ereignissen von 1989 noch gestärkt worden. In den Entscheidungsvorgängen, die zur militärischen Unterdrückung der damaligen Demonstrationen führten, sollen

Politkommissare eine entscheidende Rolle gespielt haben. Da es sich sowohl bei den VBA-Kommandeuren als auch bei den Politkommissaren ausnahmslos um Parteimitglieder handelt, müssen diese den Beschlüssen des Parteikomitees folgen. Selbstverständlich werden auch im Militär solche formalisierte Verfahren durch persönliche Beziehungsgeflechte unterlaufen. Aber die Parteiorganisation ist auf allen Kommandoebenen präsent und kann einer eventuellen Verselbständigung von Militäreinheiten sofort entgegenreten. Die Bedeutung der politischen Kontrolle über die Armee wird auch dadurch belegt, daß die Vorsitzenden bzw. Generalsekretäre der Partei von Mao Zedong bis Jiang Zemin stets zugleich den Vorsitz in der ZK-Militärkommission, dem höchsten militärischen Organ, innehatten.

Die Parteiorganisation innerhalb der Volksbefreiungsarmee ist ungeachtet der intensiven Verfolgung kommerzieller Interessen durch Teile des Offizierscorps weiterhin intakt und durch einen starken Grad zentralisierter Kontrolle gekennzeichnet. Die Volksbefreiungsarmee kann somit als entscheidender Faktor für die Einheit des Landes angesehen werden: Selbst wenn zivile Provinzfürhungen der Zentralregierung ihre Loyalität aufkündigen sollten, wird das Militär aufgrund seiner Binnenorganisation solche Initiativen auf keinen Fall mitvollziehen.

Die Einbindung des Militärs in die politische Führung und Verantwortung wurde auf dem XIV. Parteitag der KPCh 1992 verstärkt. Der Anteil von VBA-Vertretern in den Führungsgremien stieg beträchtlich: im ZK von einem Sechstel (1987) auf ein Viertel (1992) der Mitglieder, was die höchste militärische Repräsentation im ZK seit 1977 darstellt. Das gesamte Führungsarrangement der letzten Jahre ist auf die Errichtung einer militärisch unterfütterten Führungskoalition ausgerichtet, die die Stabilität des Regimes auch über den Tod der Veteranen um Deng Xiaoping und Chen Yun hinaus garantieren soll.

Lebensader Nr.3:

Staatliche Großbetriebe - Bastionen des Sozialismus

Die staatlichen Großbetriebe waren vom Zeitpunkt ihrer Gründung in den fünfziger Jahren an nicht nur als Wirtschaftseinheiten, sondern ebenso als politische Institutionen konzipiert. Eine staatliche Fabrik war eine Institution politischer und ideologischer Kontrolle wie auch sozialer Sicherung. Parteikomitees und -zellen führten das Regiment auf allen Ebenen.

In den achtziger Jahren wurde der Einfluß der Parteisekretäre durch das Verantwortlichkeitssystem für Fabrikdirektoren beschränkt. Viele Parteizellen kollabierten, weil die Parteimitglieder nicht mehr wußten, wieso sie zu den Sitzungen erscheinen sollten. In den Betriebsleitungen aber ist die Einflußnahme der Partei noch lange nicht ausgeschaltet: Die Parteisekretäre sitzen weiterhin in den Vorständen und fungieren als stellvertretende Generaldirektoren. Die Direktorenposten werden immer noch über das Kader-System vergeben; dies gilt auch für die rund 13.000 Staatsbetriebe, die inzwischen nominell in Aktiengesellschaften umgewandelt wurden. Das politische Gewicht staatlicher Großbetriebe wird durch den

hohen Kaderrang ihrer Leiter verstärkt: Die Generaldirektoren der riesigen Chemie- oder Stahlkombinate haben zum Teil den Rang stellvertretender Provinzgouverneure.

Die noch Anfang des Jahres vollmundig angekündigte Umstrukturierung der staatlichen Großbetriebe ist aufgrund der großen wirtschaftlichen und sozialen Risiken vorerst gedrosselt worden. Die innerparteilichen Widerstände gegenüber einem drohenden Verlust der politischen Kontrolle in diesen Betrieben waren von Anfang an beachtlich. Aus der Sicht vieler Parteiveteranen wäre eine der "Lebensadern" der Kommunistischen Partei durchschnitten, wenn diese Bastionen des Sozialismus durch Konkurs, Umwandlung in Aktiengesellschaften oder Verkauf an ausländische Investoren fallen sollten. Einige chinesische Gesprächspartner wiesen darauf hin, daß die KPCh die staatlichen Großbetriebe mehr aus *politischen* als aus wirtschaftlichen und sozialen Bedenken nicht den Spielregeln der Marktwirtschaft überlasse.

Lebensader Nr.4: Die Führungsrolle der Parteikomitees

Das ZK hat auch in seiner jüngsten Resolution klargestellt: Alle Staatsorgane müssen sich der Führung der Kommunistischen Partei unterstellen. Regierungsorgane haben die ihnen zur Seite gestellten Parteikomitees vor jeder wichtigen Entscheidung zu konsultieren. In der krisengeschüttelten Nordost-Provinz Heilongjiang erklärte der amtierende Gouverneur kürzlich öffentlich, die Regierung "unter der Führung des Provinzparteikomitees" leiten zu wollen. Der Parteisekretär der Provinz Jiangsu bekannte sich offen zu folgender Arbeitsteilung: Die Parteikomitees treffen die Entscheidungen, die Regierungsorgane führen sie aus.⁴

Als Reaktion auf die Herausforderungen, denen die Parteiherrschaft aufgrund der Wirtschaftsreformen und des gesellschaftlichen Wandels gegenübersteht, kam es in den letzten Jahren zu einem neuen Trend: der "Integration von Partei und Staat" (*Dang Zheng yitihua*) und der Tendenz zu "überlappenden Amtsfunktionen" (*jiaocha jianzhi*). Sekretäre regionaler und lokaler Parteikomitees begannen damit, Spitzenfunktionen in Regierung und Volkskongressen in Personalunion auszuüben.

Unterhalb der Bezirks- und Kreisebenen führte diese Entwicklung in manchen Regionen dazu, daß beispielsweise die Organisationsabteilungen der Partei das gesamte Personalwesen der Regierungsstellen übernahmen. Manche staatliche Stellen existieren auf den unteren Verwaltungsebenen nur dem Namen nach: Unter zwei verschiedenen Schildern (Parteiorgan/staatliche Behörde) firmieren die gleichen Leute (*liang kuai paizi, yi tao renma*), und eigenständige Kompetenzen der Verwaltung werden durch Parteiorgane systematisch unterhöhlt.

Für die Parteiorganisation hat die Übernahme staatlicher Funktionen weitreichende Folgen. Lokale Parteiorgane sind zum Teil so vollständig in der Erledigung administrativer Aufgaben aufgegangen, daß sich die beteiligten Kader nur noch für lokale Belange, nicht aber für die programmatischen Weisungen der Parteizentrale in Bei-

jing interessieren. Parteikader beteiligen sich aus ihren Verwaltungspositionen heraus an lukrativen kommerziellen Nebengeschäften und halten enge Verbindungen zum Management der lokalen Kollektivbetriebe, die ihrer Aufsicht unterstehen.

Leninistische "Hardware" mit neuer "Software": Die Verflechtung von Parteiführungen und Unternehmerschaft auf lokaler Ebene

Der Blick auf die "Lebensadern" der Parteiherrschaft erweckt den Eindruck, als seien die wichtigsten Institutionen und Machtbasen des Parteistaates zumindest im Kern noch intakt. Wie weit die Aushöhlung der Institutionen und Verfahren, die im Parteistatut festgeschrieben sind, gehen kann, zeigt sich vor allem auf den unteren Ebenen der Parteihierarchie und des Verwaltungssystems. Dort arbeitet im Innern der alten leninistischen "Hardware" eine in vielerlei Hinsicht völlig neue "Software".

Grundlegende Veränderungen in der Funktionsweise der Parteiorgane der KPCh sind in den wohlhabenderen Regionen der Ost- und Südküste unübersehbar geworden: Dort nehmen Parteikader regen Anteil an den Chancen, die die Wirtschaftsreformen bieten, und leben in enger Symbiose mit der lokalen Unternehmerschaft. Parteikader treten dort nicht als Kontrolleure und Bremsen gegenüber der Ausweitung wirtschaftlicher Freiräume ein, sondern sind selbst mit einem Großteil ihrer Energie an unternehmerischen Aktivitäten beteiligt. Diese Kader-Unternehmer (*guanshang*) nutzen ihre politischen Positionen und Verbindungen für sich und ihre Klientel zur Manipulation ökonomischer Erfolgchancen.

Auf den unteren Verwaltungsebenen zeigt sich eine oft beachtliche Anpassungsfähigkeit und politisch-wirtschaftliche Flexibilität der Parteikader, die von korruptem Verhalten nicht zu trennen ist. Diese neuen Entwicklungen tragen keineswegs zu einer Demokratisierung lokaler Machtstrukturen bei, sondern führen vielmehr zu einer Allianz zwischen Parteikadern und wirtschaftlich aufstrebenden gesellschaftlichen Kräften, die den Großteil der Bevölkerung ausschließt: Alte Machtelite (kommunistische Kader) und neue Wirtschaftseliten (Unternehmer in Kollektiv- oder Privatbetrieben) unterhalten enge und für beide Seiten profitable Beziehungen untereinander.

Das wirtschaftliche Engagement hat die Macht der lokalen Kader in den wohlhabenden Regionen nicht geschwächt, sondern gefestigt und erneuert: Sie entscheiden darüber, welcher Unternehmer billige Kredite erhält, wer politische Protektion genießt und wer günstige Verträge abschließen darf. Andererseits stützen sich die Einkommen der Kader und die Haushalte der von ihnen verwalteten Gemeinwesen auf die Gewinnabführungen profitabler Unternehmen. Verwaltungen und Unternehmen stehen somit in einem wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnis.⁵

Da die Arbeit der Parteikomitees unter solchen Bedingungen untrennbar mit wirtschaftlichen Interessen verwoben ist, haben sich die Funktionen der Parteiorgane

grundlegend gewandelt: Sie sind, wie es ein orthodoxer Propagandaveteran kürzlich kritisch formuliert hat, zu ideologiefernen "Verwaltungsräten" und "Vorstandsgremien" für Wirtschaft, Handel und Finanzen geworden.⁶

Diese weitreichenden Veränderungen können am Beispiel eines Dorfkomitee-Vorsitzenden aus dem Kreis Wuxi (Provinz Jiangsu) illustriert werden. Dieser Basis-kader fungiert nicht nur als Chef der dörflichen Selbstverwaltung, sondern zugleich als Direktor von fünf kleineren, überaus ertragreichen lokalen Kollektivbetrieben. In die Partei ist er vor Jahren eingetreten, um seine Chancen zum gesellschaftlichen Aufstieg zu verbessern. Heute ist es sein wichtigstes Lebensziel, reich zu werden. Kommunistische Überzeugungen sind, falls sie jemals vorhanden waren, vollständig in den Hintergrund getreten. An Parteisitzungen nimmt er teil, um Beziehungen zu pflegen und um den übergeordneten Parteiorganen nicht unangenehm aufzufallen. Noch ist dieser Kader-Unternehmer in die Kommunistische Partei eingebunden. "In fünf Jahren wird er", wie sein jüngerer Bruder lakonisch feststellt, "vielleicht ausschließlich Privatunternehmer sein".

Die "kapitalistischen" Erfolgsrezepte der lokalen Kader-Unternehmer sind mit den Vorgaben, die die Beijinger Parteizentrale macht, oft kaum noch zu vereinbaren. Aufgrund dieses Spannungsverhältnisses leidet die Parteiorganisation unter zunehmenden zentrifugalen Tendenzen und gerät von ihren unteren Organisationsebenen her unter zunehmenden Wandlungsdruck. An der Ostküste richtet sich fast die gesamte Tätigkeit lokaler und regionaler Parteiorgane inzwischen ausschließlich auf Wirtschaftsfragen, während politisch-ideologische Appelle aus Beijing zusehends auf taube Ohren stoßen.

Die enge Verflechtung von politischen und wirtschaftlichen Eliten auf der lokalen Ebene hat zugleich weitreichende Folgen für das Verhältnis zwischen Parteistaat und Gesellschaft in China. In der VR China findet eine gegenseitige Durchdringung von Elementen statt, die wir in westlichen Systemen in staatliche und gesellschaftliche Elemente unterteilen würden. Der chinesische Parteistaat ist in seinem inneren Zusammenhalt geschwächt und kann keine totale Kontrolle über die Gesellschaft mehr durchsetzen. Die Vertreter dieses Staates, die kleinen und großen Kader, sind dennoch überall beteiligt. Sie sind allgegenwärtig in Wirtschaft und Gesellschaft, stehen aber nirgends in einer klar umrissenen Verantwortung und werden keiner wirksamen Kontrolle unterzogen.

Die Selbstbehauptung der Gesellschaft gegenüber Partei und Staat wird durch diese Entwicklung keineswegs erleichtert. Das dichte Gewebe zwischen Parteiorganen, staatlichen Verwaltungen und Unternehmen auf den untersten Ebenen des politischen Systems kann als systemstabilisierender Faktor eingeschätzt werden: Gleich was in Beijing passiert, solche durch gemeinsame wirtschaftliche Interessen begründeten lokalen Macht- und Beziehungsstrukturen könnten sich gegenüber politischen Krisen in der Parteizentrale als ziemlich stabil erweisen.

Ist die VR China ein kommunistisches System?

Angesichts der weitreichenden Veränderungen und Erosionserscheinungen der Parteiherrschaft drängt sich die Frage auf, ob es sich bei der VR China überhaupt noch um ein kommunistisches System handelt.

Was ist ein kommunistisches System? Mehrere Grundmerkmale werden in der vergleichenden Kommunismus-Forschung⁷ übereinstimmend hervorgehoben:

- Das *Machtmonopol* einer nach leninistischen Prinzipien organisierten Kaderpartei.
- Die Propagierung einer von der herrschenden Partei interpretierten Variante der *marxistisch-leninistischen Ideologie*.
- *Staats- und Kollektiveigentum* dominieren im Wirtschaftsleben.
- *Unterdrückung*, Kontrolle oder korporativistische Vereinnahmung von Formen gesellschaftlicher Selbstorganisation (Verbände, Interessengruppen, Medien etc.).
- *Gewaltkonzentration* statt Gewaltenteilung.

Stellt man diesem Merkmalskatalog die Wandlungstendenzen der Kommunistischen Partei gegenüber, so kann man die Frage "Ist die VR China überhaupt noch ein kommunistisches System?" nur zögernd beantworten: Ja, immer noch, aber immer weniger.

Das Machtmonopol der KPCh scheint weiterhin ungefährdet, da die Entstehung organisierter Oppositionsgruppen, die eine Herausforderung für die Einparteiherrschaft darstellen könnten, unter Einsatz aller repressiven Mittel verhindert wird. In allen anderen Bereichen hat sich die politische Kontrolle als Ergebnis der Wirtschaftsreformen jedoch zu lockern begonnen. Die je nach Lage von der Parteiführung uminterpretierte marxistisch-leninistische Ideologie trifft in weiten Teilen der Bevölkerung auf Skepsis oder gar Ablehnung.⁸ Die Bedeutung von Staats- und Kollektivwirtschaft wird durch - zum Teil systematisch kaschierte - privatwirtschaftliche Aktivitäten unterhöhlt (viele "Kollektivbetriebe" werden wie "Privatunternehmen mit roter Kappe", *hongmaozi qiye*, geführt). Die Möglichkeiten zur Bildung gesellschaftlicher Vereinigungen haben sich in den letzten Jahren ausgeweitet; in den südchinesischen Provinzen gibt es sogar Ansätze zu Unternehmerverbänden, die von Parteikontrollen weitgehend unabhängig sind.⁹ Auch die Gewaltkonzentration in den Händen der parteigelenkten Exekutive wird durch den wachsenden Selbstbehauptungswillen in parlamentarischen Organen (Volkskongressen) und Gerichten hin und wieder durchbrochen.¹⁰

Trotz solcher Auflockerungserscheinungen muß nachdrücklich davor gewarnt werden, die wirtschaftliche Öffnung und den Übergang zur Marktwirtschaft in China als "Selbstläufer" anzusehen, die durch keine noch so restriktive Politik aufzuhalten seien. Eine solche Einschätzung mag auf lange Sicht richtig sein, darf jedoch nicht dazu verleiten, den Willen zu Machterhaltung und politischer Kontrolle zu unterschätzen, der auf allen Ebenen der Parteihierarchie und selbst bei sehr aufgeschlossenen, reformorientierten Parteimitgliedern zu finden ist.

Kommunistische Parteien sind als Organisationen der politischen Kontrolle über Wirtschaft und Gesellschaft konzipiert. Zwar sind die chinesischen Kommunisten von

einigen früher unverrückbaren Herrschaftszielen abgerückt: Die Verschmelzung von Politik und Wirtschaft in einer Staatswirtschaft wie auch eine totale politische "Absorption" gesellschaftlichen Eigenlebens¹¹ werden nicht mehr verfolgt; die chinesische Wirtschaftsgesellschaft ist im Begriff, ihre autonomen Handlungsräume auszuweiten und einen beachtlichen Grad der Pluralisierung zu erreichen.

Aber die unübersehbaren Auflockerungen im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich können nicht über die repressiven Möglichkeiten und Tendenzen hinwegtäuschen, die der Struktur des Parteiapparats unverändert innewohnen. Die Spannung zwischen dem steigenden politischen Wandlungsdruck und starken Kräften der Beharrung innerhalb der Parteiorganisation wird sich so lange nicht in einer umfassenden politischen Erneuerung lösen, wie die Kommunistische Partei an ihrem uneingeschränkten Machtmonopol festhält.

Die Zukunft der Kommunistischen Partei

Wie sieht die Zukunft der Kommunistischen Partei aus? Aufgrund der starken Verankerung der Partei in der Volksbefreiungsarmee ist es unwahrscheinlich, daß das kommunistische Regime nach dem Ableben der Generation der Revolutionsveteranen kollabieren wird oder durch eine Volksbewegung gestürzt wird. Solange die Parteizentrale dazu entschlossen ist, jede Herausforderung an das Machtmonopol bereits im Frühstadium gewaltsam zu unterbinden (diese Entschlossenheit wurde in diesem Jahr wiederholt demonstriert), wird sich die Kommunistische Partei weiter behaupten können.

Für eine mögliche Zersplitterung der Partei in regionale Ableger und die Machtübernahme durch Allianzen aus abtrünnigen Parteikadern, Militärs und Unternehmern in einzelnen Provinzen gibt es zur Zeit keinerlei Anhaltspunkte: Von Hongkonger Geschäftsleuten, die rege Kontakte zu Provinz- und Militärführungen in Südchina unterhalten, wird dieses Szenario für völlig abwegig gehalten.¹²

Unter wagemutigen Mitgliedern der KPCh wird offenbar gelegentlich diskutiert, ob es nicht sinnvoll sei, eine Verfestigung und Legalisierung der verschiedenen Strömungen und Meinungsgruppen innerhalb der KPCh zuzulassen. Die innerparteilichen Gruppierungen könnten dann ein System von "Faktionen" wie in der japanischen Liberaldemokratischen Partei vor 1993 begründen, ohne das Machtmonopol der übergeordneten Parteiorganisation in Frage zu stellen.¹³

Die Parteizentrale will von solchen revisionistischen Vorschlägen, die der Pluralität innerparteilicher Strömungen Rechnung tragen, nichts hören und hält weiter an der Fiktion eines einheitlichen Willens aller Parteimitglieder fest. Eine institutionelle Reform und demokratische Öffnung der Parteiherrschaft durch gezielte Maßnahmen der Parteiführung ("Reform von oben") ist zur Zeit nicht in Sicht.

Die Kräfte des Wandels werden sich "von unten" her in einem wahrscheinlich langwierigen Prozeß gegenüber den verkrusteten politischen Strukturen durchsetzen

müssen. Die Partei wird ihr Machtmonopol nur in einem harten Ringen mit gesellschaftlichen Kräften, die auf größere Autonomie drängen, stückweise preisgeben. Diese konfliktreiche Entwicklung kann von gewaltsamen Exzessen wie im Jahre 1989 unterbrochen, kaum jedoch vollständig unterdrückt werden. Öffnung und Pluralisierung der chinesischen Gesellschaft sind inzwischen zu weit fortgeschritten, um eine politische "Versiegelung" des Landes, wie sie noch zu Maos Zeiten möglich war, dauerhaft durchzusetzen.

Anmerkungen

Teile dieses Beitrags stützen sich auf Gespräche, die im September und Oktober dieses Jahres in Beijing, Shanghai, in der Provinz Jiangsu und in Hongkong unter anderem mit chinesischen Wissenschaftlern, Parteikadern, Volkskongreß-Abgeordneten und Unternehmern geführt wurden.

- 1) Zu neueren Entwicklungen des Kadersystems der KPCh vgl. *Zhongguo gongchandang zuzhi gongzuo dashiji* (Chronik der Organisationsarbeit der KPCh), 2 Bde., Beijing 1991 bzw. Shenyang 1992. John P. Burns, "Strengthening Central CCP Control of Leadership Selection: The 1990 Nomenklatura", *The China Quarterly*, No.138 (June 1994), S.458-491; zu Personalverhandlungen zwischen Zentrale und regionalen Führungen ebd., S.465-474, zum Fall Ye Xuanping ebd., S.471.
- 2) JJRB, 15.9.94.
- 3) Zur politischen Kontrolle der Kommunistischen Partei in der Volksbefreiungsarmee vgl. Michael D. Swaine, *The Military and Political Succession in China: Leadership, Institutions, Beliefs*, RAND, Sta. Monica 1992, bes. S.134-151. *Zhongguo renmin jiefangjun ganbu zhidu gaiyao* (Kompendium des Kadersystems der VBA), Beijing 1989 (intern), passim.
- 4) *Heilongjiang Ribao*, Harbin, 22.5.94, nach SWB, 3.6.94; bzw. *Zhongguo Shibao* (China Times), Taipei, 6.4.94.
- 5) Vgl. den von David S.G. Goodman und Beverly Hooper herausgegebenen Sammelband, *China's Quiet Revolution: New Interactions Between State and Society*, New York 1994; besonders die Beiträge von Jean C. Oi, "Rational Choices and Attainment of Wealth and Power in the Countryside", S.64-79 und Jonathan Unger, "'Rich Man, Poor Man': The Making of New Classes in the Countryside", S.43-63.
- 6) DX, 94/7, S.18-19.
- 7) Vgl. etwa Stephen White/John Gardner/George Schöpflin, *Communist Political Systems*, 2.Auflage, London 1987, S.3-4; Eckhard Jesse, "War die DDR totalitär?", in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 40/1994, 7.10.1994, S.12-23, bes. S.15.
- 8) Im Kontrast zu der offiziellen Variante des Marxismus-Leninismus besitzen einzelne sozialistische Leitvorstellungen wie Gleichheit, soziale Gerechtigkeit, Kampf gegen Ausbeutung etc. in Teilen der Bevölkerung eine ungebrochene Anziehungskraft, vgl. die Übersicht "Im Namen der Gleichheit" in diesem Heft.
- 9) Zur Entstehung neuer gesellschaftlicher Vereinigungen und den Auswirkungen auf das politische System siehe Wang Ying, Zhe Xiaoye und Sun Bingyao, *Shehui zhongjianceng: gaige yu zhongguo de shetuan zuzhi* (Die gesellschaftliche Mittelschicht: Reformpolitik und gesellschaftliche Vereinigungen in China), Beijing 1993. Jia Ting und Qin Shaoliang, *Shehui xin qunti tanmi: Zhongguo siying qiye zhu jieceng* (Untersuchungen zu neuen gesellschaftlichen Gruppen: Die Schicht der chinesischen Privatunternehmer), Beijing 1993. Gordon White, "Prospects for Civil Society: A Case Study of Xiaoshan City", in: Goodman/Hooper, a.a.O., S.194-218.
- 10) Vgl. C.a., 94/3, S.266-275; 94/7, S.669-670.
- 11) Der Begriff der "Absorption" wird benutzt von H. Gordon Skilling, *Samizdat and an Independent Society in Central and Eastern Europe*, Oxford 1989, S.157ff.
- 12) Interviews in Hongkong im Oktober.
- 13) Vgl. *Beijing zhi Chun*, 94/10, S.45.